

© Nordbayerischer Kurier

CSU schießt gegen Merk-Erbe

Richard-Wagner-Stiftung: Stefan Specht fordert Oberbürgermeisterin zum Rücktritt von Geschäftsführung auf

BAYREUTH

Die CSU-Stadtratsfraktion greift die Oberbürgermeisterin Merk-Erbe (BG) scharf an: Merk-Erbe sei offensichtlich nicht imstande, die Finanzierungsprobleme der Stiftung zu lösen. Die CSU fordert die Oberbürgermeisterin in einer von Stefan Specht unterzeichneten Pressemitteilung auf, die Geschäftsführung des Wagner-Stiftungsrats zurückzugeben. Merk-Erbe schießt zurück: „Befremdlich, nicht nachvollziehbar“ – und „seltsames Gebaren“ sei das, was die CSU gerade tue.

Als Geschäftsführerin der Richard-Wagner-Stiftung müsse Merk-Erbe nicht nur einen zustimmungsfähigen Haushalt, sondern eine tragfähige Finanzierung für den Betrieb des Richard-Wagner-Museums vorlegen, schreibt Specht. Merk-Erbe sei dazu offenbar nicht imstande. „Stattdessen preist es die Oberbürgermeisterin schon als Erfolg an, nach mehrstündigen und nahezu ergebnislosen Verhandlungen einen gemeinsamen Fortsetzungstermin gefunden zu haben.“

Nicht nur die Finanzierungsfrage sei nach wie vor offen. Merk-Erbe sei zudem außerstande, die unterschiedlichen Vorstellungen der Gesellschafter zu einem Kompromiss zusammenzuführen. Statt dessen verhalte sie sich passiv, verprelle Beteiligte und Mitgesellschafter mit „undiplomatischen und sachfremden Forderungen“, das Klima sei vergiftet. „Dem Vernehmen nach mag dort kaum mehr jemand mit der Geschäftsführerin Merk-Erbe sprechen.“ Das sei „verhängnisvoll für das Image unserer Stadt bei Bund und Land und katastrophal für eines der wichtigsten Leuchtturmprojekte Bayreuths“, sagt Specht.

Weiterhin wirft Specht Merk-Erbe vor, die Schuld für die Krise in der Richard-Wagner-Stiftung ihrem Amtsvorgänger Michael Hohl (CSU) zuschieben zu wollen. Dies sei „sehr vordergründig und auch ehrenrührig“. Merk-Erbe versuche, „in billiger Art und Weise Verantwortung von sich zu schieben und damit von eigenen Unzulänglichkeiten und Misserfolgen abzulenken“. Wenn Merk-Erbe mit der Geschäftsführung der Richard-Wagner-Stiftung überfordert sei, solle sie zurücktreten und die Aufgabe „von der Stiftung in kompetentere Hände“ legen lassen, fordert Specht.

Tatsächlich kann der Geschäftsführer der Richard-Wagner-Stiftung laut Satzung nicht von seinem Amt zurücktreten. Das dürfte der CSU-Fraktionsvorsitzende, der Vorsitzende der Richard-Wagner-Stipendienstiftung ist, wissen. Die Geschäftsführung der Richard-Wagner-Stiftung obliegt dem jeweiligen Oberbürgermeister. Unabhängig davon hat die Oberbürgermeisterin die Möglichkeit, die Aufgaben zu delegieren oder externe Berater hinzuzuziehen. Wie bei ihrem Amtsvorgänger Hohl übernehmen diese Positionen vor allem Kulturreferent Carsten Hillgruber und Museumsleiter Sven Friedrich.

Als „befremdlich, nicht nachvollziehbar“ und „seltsames Gebaren“ weist Brigitte Merk-Erbe in einer Stellungnahme vom Sonntagvormittag die CSU-Forderung zurück, die Oberbürgermeisterin möge die Geschäftsführung der Richard-Wagner-Stiftung abgeben. „Festzuhalten ist, dass die Stadt im finanziellen Bereich seit Jahren mehr leistet, als dies die Satzung der Stiftung vorgibt“,

schreibt Merk-Erbe. Nach der Satzung der Stiftung ist die Stadt lediglich zum Unterhalt der Leiterstelle des Museums verpflichtet. Insgesamt trage die Stadt nach Mitteilung des Museumsdirektors Sven Friedrich Personalkosten von rund 190 000 Euro pro Jahr, ein deutlich höherer Betrag als nur die Übernahme der Personalkosten für den Museumsleiter. Hinzu kommen noch rund 50 000 Euro, etwa für Außenanlagen, Bauunterhalt oder Gartenpflege. „Dieses Engagement halte ich für richtig und sinnvoll, und wir werden es sicher noch verstärken“, sagt Merk-Erbe.

Um die Eröffnung vorzubereiten, für Öffentlichkeitsarbeit, Sponsoring und Fundraising, Betreuung der Website, die Neugestaltung des Museums, für Mitarbeit an der wissenschaftlichen Konzeption zur Neugestaltung finanziert die Stadt derzeit vier mit befristeten Verträgen ausgestattete Stellen.

Die Sanierung des Hauses Wahnfried und der Museumsneubau seien jedoch seinerzeit beschlossen worden, ohne zwischen den Beteiligten eine Finanzierungsvereinbarung über die künftig höheren Betriebs- und Personalkosten zu treffen. Diese Frage müsse nun gelöst werden. Dazu habe Merk-Erbe in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Gespräche geführt. Am 28. November werden die Gremien der Stiftung diese Thematik erneut beraten, Ziel ist es auch, den Haushalt der Richard-Wagner-Stiftung für 2015 zu beschließen.

Die CSU-Stadtratsfraktion bleibe, so Merk-Erbe, den Nachweis der Behauptung schuldig, sie verprelle Beteiligte und Mitgesellschafter. Das Gegenteil sei der Fall: Gerade mit dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, bestehe nicht nur ein hervorragendes Verhältnis, sondern man sei sich auch einig, dass am 28. November eine Lösung gefunden werden wird.

Merk-Erbe: Die Notwendigkeit der Klärung der Frage der Aufteilung der Betriebs- und Personalkosten nach Fertigstellung des Museums stehe deshalb jetzt auf der Tagesordnung, „weil dies eben im Vorfeld nicht geklärt worden“ sei. red/fz/wah

Nordbayerischer Kurier vom Montag, 3. November 2014, Seite 7